

# Antrag auf Einbürgerung

nach

§ 8 StAG

§ 9 StAG

§ 10 StAG

Bitte alle Fragen beantworten.  
Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.  
Bei Minderjährigen ab 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.

**Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:**

## 1. Angaben zu meiner Person

Vermerke der Behörde

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße
ausgeübter Beruf	
Tel. / Fax / E-Mail	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft	
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft	
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft - Anerkennung – des Urteils)	

## 2. Angaben zur Person meine(r,s) Ehegattin/Ehegatten, meine(r,s) eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners

Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat
Wohnort (PLZ, Ort)	Straße
Ausgeübter Beruf	
Staatsangehörigkeit(en)	Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (Falls nicht Deutscher)

## Angaben zu meine(r,n) früheren Ehe(n) / Lebenspartnerschaft(en)

Frühere Ehen / Lebenspartnerschaften	1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis	aufgelöst durch
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja,	
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	
	2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis	aufgelöst durch
	<input type="checkbox"/> Ja,	
	Staatsangehörigkeit meine(r,s) früheren Ehegattin / Ehegatten / Lebenspartner(s, in)	

**3. Angaben zu Status und Aufenthalt****Status**

Meine derzeitige(n) Staatsangehörigkeit(en)

Sind diese Staatsangehörigkeiten belegt ? (Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, Einbürgerungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)

 Nein Ja, durch →

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

Verlustgrund

 Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist kraft Gesetzes eingetreten Der Verlust der Staatsangehörigkeit(en) ist nachgewiesen durch →

Entlassungsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates

**Besonderer Status**

Heimatloser Ausländer ?

 Nein  Ja,

nachgewiesen durch

Ausländischer Flüchtling ?

 Nein  Ja,

nachgewiesen durch

Staatenloser ?

 Nein  Ja,

nachgewiesen durch

Asylberechtigter ?

 Nein  Ja,

nachgewiesen durch

Wurde ein Asylwiderrufsverfahren eingeleitet ?

 Nein  Ja**Wehrdienst**

Wehrpflichtig ?

 Nein  Ja

Vom Wehrdienst befreit / zurückgestellt

 Nein  Ja, bis

von - bis

Wehrpflicht erfüllt?

 Nein  Ja,

von - bis

Anderer geleisteter Wehrdienst ?

 Nein  Ja,**Aufenthalte seit Geburt**

von

bis

in (Ort, Staat)


<b>Aufenthaltsrecht</b>	
Niederlassungserlaubnis ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltsberechtigung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Aufenthaltserteilung ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, erteilt am
Rechtsgrundlage	§
gültig bis	
Freizügigkeitsberechtigter Unionsbürger	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

**4. Angaben zu meinen Kindern**

Bitte auch eintragen: volljährige Kinder aus früheren Ehen; außereheliche Kinder

	1.Kind	2.Kind	3.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei
	4.Kind	5.Kind	6.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern ?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus:			
- jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
- keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

**5. Angaben zu meinen Eltern**

**Eltern**

**Vater** (Familienname, ggf. Geburtsname)

**Mutter** (Familienname, ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Vorname(n)

Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit

letzter Wohnort / Land

letzter Wohnort / Land

verstorben ? am

Nein  Ja,

verstorben ? am

Nein  Ja,

**Adoptiveltern**

**Vater** (Familienname, ggf. Geburtsname)

**Mutter** (Familienname, ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Vorname(n)

Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit

letzter Wohnort / Land

letzter Wohnort / Land

verstorben ? am

Nein  Ja,

verstorben ? am

Nein  Ja,

Adoption wirksam seit:

nachgewiesen durch:

**Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern**

Die Vertretungsbefugnis liegt bei

Die Ehe der Eltern besteht **nicht** mehr.

Die Vertretungsbefugnis beruht auf

Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung →

**6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang**

**Schulausbildung**

von bis Schulart Staat

von	bis	Schulart	Staat

**Schulabschluss**

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation				
von	bis	Art	Abschluss	Staat

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 8 Jahren			
von	bis	Art	Anschrift der Arbeitgeberin / des Arbeitgebers

Sprachkenntnisse / staatsbürgerliche Kenntnisse / Integrationskurs		
Nachweise zu:		
Sprachkenntnissen (Zeugnisse, Sprachzertifikate etc.)	<input type="checkbox"/> Ja und zwar:	<input type="checkbox"/> Nein
Staatsbürgerlichen Kenntnissen (Einbürgerungstest)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Integrationskurs (Bescheinigung nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes)	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

7. Angaben zu Straftaten (einschließlich Straftaten im Ausland)			
<input type="checkbox"/> keine Straftaten			
<input type="checkbox"/> abgeschlossene Strafverfahren			
Tatbezeichnung	anhängig bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum des Urteils	Höhe des Strafmaßes bei noch nicht getilgten Strafen

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren ?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, wegen
Behörde u. AZ:	

Eingestellte Ermittlungsverfahren der letzten 5 Jahre ?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, Behörde und Aktenzeichen (Bitte Einstellungsmitteilungen beifügen)

<input type="checkbox"/> Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 des Strafgesetzbuches			
Tatbezeichnung	Anhängigkeit bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum der Anordnung	Angeordnete Maßnahme

**8. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen**

**8.1 Einkünfte**

		Betrag EUR / Monat ↓
Erwerbseinkünfte (brutto)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Rente	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Unterhalt / Unterhaltskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Erziehungsgeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialgeld (SGB II)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sozialhilfe (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	bewilligt bis
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	
Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Arbeitslosengeld II / Sozialgeld / Sozialhilfe		

**8.2 Alterssicherung**

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
	<input type="checkbox"/>	

**8.3 Krankenversicherung**

- nur auszufüllen bei Ermessenseinbürgerungen -

gesetzliche Krankenkasse       private Krankenversicherung

**8.4 Einkünfte der Familienangehörigen (gem. Nr. 8.1)** brutto

Familienname, Vorname

Betrag EUR / Monat


**8.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche**Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche ?  Nein  Ja (Name und Anschrift der / des Unterhaltspflichtigen)

Betrag EUR / Monat

Bruttoeinkünfte der / des Unterhaltspflichtigen	Betrag EUR / Monat

**8.6 Unterhaltsverpflichtungen**

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören ?

 Nein  Ja, und zwar

Gegenüber welcher Person / welchen Personen ?

Unterhaltsrückstände

 Nein  Ja, in Höhe von EUR**9. Vermeidung von Mehrstaatigkeit**Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, **nach schriftlicher Zusicherung** der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen. Ja  Nein, aus folgenden Gründen (ggf. auf einem Zusatzblatt)**10. Sonstiges**Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt  
bei (Behörde) Nein  Ja,

Wurde über den Antrag entschieden ?

 Nein  Ja,  er wurde von mir zurückgenommen.  er wurde abgelehnt.  er wurde zurückgestellt.

Datum der Entscheidung

## 11. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

### Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

**Insbesondere erkenne ich an:**

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
  - a) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
  - b) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
  - c) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
  - d) die Unabhängigkeit der Gerichte,
  - e) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
  - f) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
  - a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
  - b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
  - c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

↓ Unterschrift

\_\_\_\_\_

← Bitte erst bei Antragsabgabe unterschreiben

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift

Stadt Dortmund  
-Ordnungsamt-  
Der Oberbürgermeister  
Im Auftrag

Dortmund, den

(Siegel) \_\_\_\_\_

(Name, Dienstbezeichnung)

**Verwaltungsgebühren:**

255,-€ je erwachsenen Einbürgerungsbewerber  
51,- € für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen  
255,-€ für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden i.d.R 75% der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Ich bin damit einverstanden, dass die Einbürgerungsbehörde ggfs. während des laufenden Einbürgerungsverfahrens einen Vorschuss oder eine Sicherheitsleistung nach § 16 des Verwaltungskostengesetzes (VwKostG) vom 23. Juni 1970 verlangen kann. Die Gebühr ist spätestens vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde in voller Höhe zu zahlen.

**Belehrung über die Richtigkeit der Angaben**

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung sowie zu einer Freiheits- oder Geldstrafe (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz) führen können und dass ich verpflichtet bin, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

**Einwilligung gem. § 4 Abs.1 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgesetz NRW**

Ein Informationsblatt zur Datenerhebung und –verarbeitung wurde mir ausgehändigt.

Ich bin damit einverstanden, dass die in diesem Informationsblatt genannten und für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrags benötigten personenbezogenen Daten aufgrund des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22.07.1913 in der z.Zt. gültigen Fassung und den dazu ergangenen Rechtsvorschriften in Verbindung mit §§ 12,13 Datenschutzgesetz NRW erhoben, verarbeitet und gespeichert werden.

**Hinweis zur Verfassungstreue**

Ich bin über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung belehrt worden,

Ein Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt. Von dem Inhalt des Informationsblattes habe ich vor der Unterzeichnung der Loyalitätserklärung Kenntnis genommen.

Lichtbild  
(aus neuerer Zeit)

↓ Datum, Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers / der Einbürgerungsbewerberin,  
der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

-----

**Bei Miteinbürgerung von Kindern unter 16 Jahren:**  
Ich (wir) beantrage(n) hiermit ebenfalls die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit für die in diesem Antrag als miteinzubürgernd aufgeführten Kinder.

↓ Datum, Unterschrift der/des gesetzlichen Vertreter(s/in)

-----

Für die Richtigkeit vorstehender Unterschrift(en)

Stadt Dortmund  
-Ordnungsamt-  
Der Oberbürgermeister  
Im Auftrag

Dortmund, den

(Siegel) \_\_\_\_\_

(Name, Dienstbezeichnung)

# Information zur Abgabe der Loyalitätserklärung

## **Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung**

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

**Was bedeutet dies konkret?** Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

### **1. Demokratie und Volksherrschaft**

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

### **2. Achtung der Grundrechte**

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

### **3. Gewaltenteilung**

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

### **4. Rechtsstaatsprinzip**

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

### **5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung**

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

### **6. Unabhängigkeit der Gerichte**

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

### **7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien**

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

### **8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition**

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre **Einbürgerung** ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

### **Mit Ihrer Unterschrift bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.**

#### **Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,**

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.

# Information über die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

(Stand: September 2009)

Für die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind. **In allen Einbürgerungsfällen** werden Auskünfte eingeholt bei der/dem

- Ausländerbehörde, zur Dauer und Rechtsgrundlage des Inlandsaufenthaltes,
- Bundeszentralregister, unbeschränkte Auskunft bei Einbürgerungsbewerbern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben,
- Polizei, zu Erkenntnissen in Straf- und Ermittlungsverfahren,
- Verfassungsschutz, zu Erkenntnissen über verfassungsfeindliche oder extremistische Bestrebungen,
- Meldebehörde, zur Meldeanschrift.

Zur Einholung dieser Information sind die Einbürgerungsbehörden gesetzlich ermächtigt.

Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind; hiervon machen die Einbürgerungsbehörden nur Gebrauch, wenn und soweit es nach den Umständen des Einzelfalles nötig ist. In Betracht kommen z.B. Auskünfte

- des Vormundschaftsgerichtes, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung,
- der Staatsanwaltschaften und Gerichte, zu Straf- und Ermittlungsverfahren,
- des Amtsgerichtes, zu Eintragungen im Schuldnerverzeichnis.

Bei **Anspruchseinbürgerungen** ist im Falle des Bezugs von Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII eine Stellungnahme des jeweiligen Trägers der Leistungen (Sozialamt, Arbeitsgemeinschaft bzw. zugelassene Träger der Grundsicherung) zu den Gründen des Leistungsbezugs einzuholen.

Bei allen **Ermessenseinbürgerungen** werden die jeweiligen Träger der Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII um eine Auskunft gebeten, ob eine entsprechende Leistung gewährt wird oder ein Anspruch besteht, da bereits ein entsprechender Anspruch ein Einbürgerungshindernis darstellt.

---

## Teilnahme am kennwortgeschützten telefonischen Auskunftsservice

Ich/Wir habe(n) Kenntnis davon, dass ich/wir am kennwortgeschützten telefonischen Auskunftsservice der Einbürgerungsstelle teilnehmen und nach Nennung des mir/uns zugeteilten Kennworts zukünftig vollständige telefonische Auskünfte zu allen meinen Einbürgerungsantrag betreffenden Fragen erhalten kann/können. An diesem Service möchte(n) ich/wir (bitte ankreuzen)

teilnehmen. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass schriftlich ein Kennwort zugeteilt wird.

nicht teilnehmen.

Dortmund, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift/en

**Die vorstehende(n) Unterschrift(en) beglaubige ich.**

Dortmund, den \_\_\_\_\_

Stadt Dortmund  
Der Oberbürgermeister  
-Ordnungsamt-  
-Abteilung für Staatsangehörigkeits- und Integrationsangelegenheiten-  
im Auftrag

(Dienstsiegel)

.....  
Unterschrift und Dienst- oder Amtsbezeichnung

## Erforderliche Unterlagen

Bitte beachten Sie, dass alle Übersetzungen von Personenstandsurkunden den Beglaubigungsvermerk eines/einer von einem Oberlandesgericht zugelassenen Übersetzers/Übersetzerin tragen müssen. Übersetzungen aus der kyrillischen Schrift müssen der ISO-Transliterationsnorm entsprechen.

Legen Sie bitte von allen Personenstandsurkunden, Übersetzungen und Zeugnissen das Original und eine Kopie vor.

Bitte bringen Sie zur Antragsstellung folgende Unterlagen mit:

- Den vollständig ausgefüllten **Einbürgerungsantrag**
- Ein aktuelles **Passfoto** (für alle einzubürgernden Personen, die 14 Jahre oder älter sind)
- Das **Informationsblatt zur Datenerhebung und –verarbeitung** sowie **zur Teilnahme am kennwortgeschützten telefonischen Auskunftsservice** (Bestandteil des Antragsatzes)
- Einen aktuellen, gültigen **Pass** oder Ausweisersatz
- Fotokopien aller mit Eintragungen versehenen Seiten Ihres **Passes** oder Ausweisersatzes  
Bitte kopieren Sie auch Seiten mit Ein- bzw. Ausreisestempeln etc.  
Wenn Ihr Aufenthaltstitel nicht im Pass eingetragen ist, sondern auf einem besonderen Blatt erteilt wurde, kopieren Sie dieses bitte auch.
- Ihre **Geburtsurkunde** im Original und eine Kopie  
Wenn Sie in Deutschland geboren wurden, bringen Sie bitte eine vom Standesamt Ihres Geburtsortes ausgestellte Urkunde und eine Kopie mit. Das gleiche gilt für internationale, also auch deutschsprachige, Urkunden. Bei fremdsprachigen Urkunden reichen Sie bitte eine einfache, unbeglaubigte Fotokopie und zusätzlich eine beglaubigte Übersetzung ein. Auch für alle miteinzubürgernden Kinder muss eine Geburtsurkunde eingereicht werden.
- Eine beglaubigte Ausfertigung des **Familienbuches** oder des **Lebenspartnerschaftsbuches** oder eine **Heirats-/Lebenspartnerschaftsurkunde**  
Wenn Sie verheiratet sind und vor einem deutschen Standesamt geheiratet oder eine Lebenspartnerschaft geschlossen haben, erhalten Sie eine solche Ausfertigung beim Standesamt des Wohnortes.  
Das gleiche gilt, wenn Sie im Ausland geheiratet haben, aber auf Antrag ein deutsches Familienbuch angelegt bzw. die Eheschließung oder Lebenspartnerschaft nachbeurkundet wurde.  
Wenn Sie verheiratet sind und vor einem ausländischen Standesamt geheiratet haben, reichen Sie bitte eine einfache, unbeglaubigte Fotokopie und zusätzlich eine beglaubigte Übersetzung der Heirats- / Lebenspartnerschaftsurkunde ein.
- Heiratsurkunden früherer Ehen und Sterbeurkunde(n)** des/der früheren Ehegatten und Fotokopie(n) des/der **Scheidungsurteile/s**  
Bei fremdsprachigen Urkunden oder Urteilen legen Sie bitte zusätzlich beglaubigte Übersetzungen vor.
- Nachweise über Leistung von **Unterhaltszahlungen**  
Wenn Sie früher einmal oder mehrmals verheiratet waren, von Ihrem Ehegatten getrennt leben oder nichteheliche Kinder haben, legen Sie bitte Nachweise vor, in welcher Höhe Sie zur Leistung von

**Unterhaltszahlungen** verpflichtet sind und Nachweise darüber, dass keine Unterhaltsrückstände bestehen. Soweit Sie nicht zur Leistung von Unterhaltszahlungen verpflichtet sind, sollten Sie dies möglichst in geeigneter Weise belegen.

- Aktuelle **Schulbescheinigungen** für mit einzubürgernde Kinder unter 16 Jahren
- Aktuelle Nachweise über alle Teile Ihres **Familieneinkommens**  
Hierzu zählen Lohnabrechnungen Ihres Arbeitgebers der letzten drei Monate, Kindergeld, Wohngeld, Erziehungsgeld, Arbeitslosengeld I oder II einschließlich aller Berechnungsseiten, Grundsicherung, Sozialgeld, BAföG etc.  
Wenn Sie selbständig sind, legen Sie bitte eine aktuelle Bescheinigung Ihres Steuerberaters über Ihre Einkünfte (keine betriebswirtschaftliche Abrechnung) vor. Hier genügen Fotokopien.  
Sollte Ihr Lebensunterhalt z.B. durch Ihre Eltern oder andere Personen sichergestellt werden, legen Sie hierfür bitte eine schriftliche Erklärung der Person/en und möglichst auch ausreichende Belege vor.
- Einen Nachweis ausreichender **Kenntnisse der deutschen Sprache**
  - Eine Bescheinigung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über die erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen eines Integrationskurses, soweit mit dieser das Sprachniveau B1 bescheinigt wird oder
  - ein Zertifikat Deutsch bzw. ein gleichwertiges oder höherwertiges Sprachdiplom oder
  - vier Versetzungszeugnisse in die jeweils nächsthöhere Klasse einer deutschsprachiger Schulen oder
  - ein Zeugnis über einen Hauptschulabschluss bzw. wenigstens gleichwertigen deutschen Schulabschlusses oder
  - ein Zeugnis über die Versetzung in die 10. Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule (Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule) oder
  - einen Nachweis über ein Studium an einer deutschsprachigen Hochschule oder Fachhochschule oder
  - einen erfolgreichen Abschluss einer deutschen Berufsausbildung.Schulzeugnisse können nur anerkannt werden, wenn im Fach „Deutsch“ mindestens die Note „ausreichend“ erzielt wurde.

Falls Sie keinen derartigen Nachweis über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzen, werden Sie bei Antragstellung auf das Verfahren zur Zertifikat-Deutsch-Prüfung verwiesen.

Wenn Sie **älter als 16 Jahre** sind, bringen Sie bitte zusätzlich folgende Unterlagen mit:

- Einen hand- oder maschinengeschriebenen **Lebenslauf**
- Den mit Ihren Personalangaben ausgefüllten **Vordruck** „Bekanntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“  
Dieser Bestandteil des Antragsvordrucks ist eine wichtige Einbürgerungsvoraussetzung. Bitte lesen Sie das Bekenntnis und auch die Information dazu aufmerksam durch.
- Den Nachweis über ausreichende **Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung** sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland  
Sie können die erforderlichen Kenntnisse durch einen Abschluss einer deutschen Hauptschule, einen

vergleichbaren oder höheren Schulabschluss einer deutschen allgemeinbildenden Schule oder durch erfolgreiche Teilnahme am Einbürgerungstest nachweisen.

Wenn Sie einen Antrag nach **§ 9 StAG** (Ehegatteneinbürgerung) stellen möchten, benötigen Sie zusätzlich folgende Nachweise:

- Den Nachweis über die deutsche Staatsangehörigkeit des/der Ehe-/ Lebenspartners/-partnerin (z.B. eine Kopie des deutschen Personalausweises)
- Den Nachweis über eine angemessene Absicherung gegen Krankheit und Pflegebedürftigkeit
- Den Nachweis über eine ausreichende Absicherung im Alter
  - Mindestens 24-monatige Beitragszahlung zur Rentenversicherung oder
  - Nachweise über private Vorsorge
- Bei Selbständigkeit: Den Nachweis, dass das Unternehmen seit mindestens drei Jahren besteht (z.B. entsprechende Steuerbescheide, Gewerbeanmeldung in Kopie, etc.)

## Antragsabgabe

Ab Ihrem 16. Geburtstag können nur Sie selbst für sich einen Einbürgerungsantrag stellen. Dafür müssen Sie persönlich vorsprechen.

Für Personen unter 16 Jahren müssen die Eltern als gesetzliche Vertreter den Antrag stellen. In diesem Fall müssen beide Elternteile gemeinsam bei der Einbürgerungsstelle persönlich vorsprechen. Ein Elternteil allein kann die Einbürgerung oder Miteinbürgerung minderjähriger Kinder nur dann beantragen, wenn es das Sorgerecht nachweislich allein ausübt.

Im Falle der Betreuung muss der/die Betreuer/in zustimmen. Legen Sie in diesem Fall die Bestallungsurkunde bei der Antragsstellung im Original vor und fügen Sie dem Antrag eine Fotokopie hinzu.

Um Ihnen eine ausführliche und persönliche Beratung bieten zu können, erfolgen Antrags- und Beratungsgespräche mit den Sachbearbeiter/innen ausschließlich nach vorheriger Terminabsprache.

Einen Termin können Sie fernmündlich über die Service-Nummer 50-26999 oder persönlich im Servicebereich der Einbürgerungsstelle vereinbaren.

Ferner können Sie auch im Internet die Online-Terminvereinbarung unter [www.einbuengerung.dortmund.de](http://www.einbuengerung.dortmund.de) nutzen.

Die Einbürgerungsstelle der Stadt Dortmund befindet sich im Stadthauskomplex, Olpe 1, im Erdgeschoss in den Zimmern F 001 bis F 029.

Der Service-Bereich befindet sich in Zimmer F 010 und ist für Sie an folgenden Wochentagen geöffnet:

Montags	7:30 bis 12:00 Uhr
Dienstags	
Donnerstags	
Freitags	

Wegen der eingeschränkten Parkmöglichkeiten im Innenstadtbereich empfiehlt sich die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Sie erreichen uns mit den Stadtbahnlinien U 41, U 42, U 45, U 46, U 47 und U 49 (Haltestelle Stadtgarten) und mit der S-Bahnlinie 4 (Haltestelle Stadthaus).

Bitte bringen Sie zum vereinbarten Termin für die Antragstellung Ihren Pass, bzw. Ihren Ausweisersatz, den ausgefüllten Antragsvordruck und alle erforderlichen Unterlagen mit.

Wir beraten Sie gern, sprechen Sie uns an!

Ihre Sachbearbeiter/innen der Einbürgerungsstelle